

Thorsten Gerald Schneiders *Hrsg.*

Der Arabische Frühling

Hintergründe und Analysen

 Springer VS

Herausgeber
Thorsten Gerald Schneiders
Duisburg, Deutschland

ISBN 978-3-658-01173-4
DOI 10.1007/978-3-658-01174-1

ISBN 978-3-658-01174-1 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.springer-vs.de

Inhalt

Einleitung	9
----------------------	---

Anfang und Ende – Entstehung und Entwicklung der Aufstände

Reinhard Schulze

Irhal – „Hau ab“

Auf den Wegen zur arabischen Revolte 2011 – sozialgeschichtliche Kontexte eines Epochenbruchs	17
--	----

Oliver Schlumberger, Nadine Kreitmeyr und Torsten Matzke

Arabische Revolten und politische Herrschaft:

Wie überlebensfähig sind Autokratien im Vorderen Orient?	33
--	----

Stephan Rosiny

Diktaturen, Bürgerkriege und Machtteilung

in fragmentierten Gesellschaften:

Syrien, Bahrain, Libanon und Irak im Vergleich	65
--	----

Volker Perthes

Politische Perspektiven der arabischen Revolutionen:

Liberales, Islamisten und Militärs zwischen

demokratischer Konsolidierung und Bürgerkrieg	81
---	----

Annette Jünemann

Vor dem Scherbenhaufen einer verfehlten Regionalpolitik:

Europa und der Arabische Frühling

Hintergründe und Analysen zur Politik der Europäischen Union	95
--	----

Jugend, Frauen, Islamisten – Akteure der Bewegung

Albrecht Hofheinz

Soziale Medien im Arabischen Frühling 117

Samuli Schielke

Jugend, Klassengesellschaft und Generationen
in Ägypten nach dem 25. Januar 127

Bettina Dennerlein und Sarah Farag

Geschlechterpolitik in der arabischen Welt:
Frauenrechte und politischer Wandel in Ägypten und Marokko 139

Ivesa Lübben

Auf dem Weg zum Gottesstaat?
Zur politischen Partizipation von Islamisten
am Beispiel Ägyptens nach Mubarak 163

Michal Shammas

Die Christen Syriens und ihre Angst vor Veränderung 181

Eine Bewegung, viele Richtungen – ausgewählte Länderanalysen

Werner Ruf

Die Revolten im Maghreb: Sozialer Hintergrund und Perspektiven 193

Andreas Dittmann

Zur Geographie der historischen und politischen
Entwicklungsvoraussetzungen des post-revolutionären Libyen 205

Thorsten Gerald Schneiders

Der Arabische Frühling in Syrien:
Hintergründe, Strukturen, Akteure 231

Marie-Christine Heinze

Zeitenwende im Jemen? 253

Katja Niethammer

Herbst statt Frühling am Arabischen Golf:

Bahrain im Ausnahmezustand 269

Jan Busse

Chronologie des Arabischen Frühlings:

Die wichtigsten Ereignisse zu Beginn der Umwälzungen

in ausgewählten Ländern 289

Die Autorinnen und Autoren 307

Zur Geographie der historischen und politischen Entwicklungsvoraussetzungen des post-revolutionären Libyen

Andreas Dittmann

1 Typologie des Dominoeffektes der Aufstände in der Arabischen Welt

In rascher zeitlicher Folge erschütterten seit Anfang des Jahres 2011 revolutionäre Erhebungen verschiedene Länder der Arabischen Welt. Nach Tunesien und Ägypten, wo die alten Machthaber binnen weniger Tage bzw. Wochen abtraten, wurden nahezu gleichzeitig Aufstände in Bahrain niedergeschlagen, kamen sie im Jemen ins Stocken und wurden Revolten in Syrien und Libyen von staatlicher Seite massiv bekämpft. Bei der Interpretation der Dynamik dieser Entwicklungen wird richtigerweise die Besonderheit der raschen zeitlichen Abfolge der revolutionären Ereignisse betont, angesichts dieser zeitlichen Gemeinsamkeit aber oft übersehen, dass die Gründe für die jeweiligen Erhebungen ganz unterschiedliche Motive hatten. Allgemein lassen sich als wesentliche Auslöser für die Aufstandsbewegungen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Bahrain und im Jemen drei Grundtypen unterscheiden (Abb. 1):

- Erhebungen aus Gründen materieller Not und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit,
- Aufbegehren gegen politische Unterdrückung und politische Unfreiheit,
- Mischungen aus politischer und wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit.

Wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und materielle Not bis hin zu Engpässen bei der Befriedigung der wichtigsten Grundbedürfnisse trugen die Aufstandsbewegungen in Tunesien und im Jemen sowie in einigen Gebieten des ländlichen Raumes anderer arabischer Staaten (Ägypten, Syrien). In Tunesien wurde die Revolte vor allem von jungen männlichen Bevölkerungsteilen geführt, die auch in absehbarer Zukunft keine Chance auf Verbesserung ihrer derzeitigen Lebenssituation

Abbildung 1 Grundtypen von Motiven für Arabellionen Anfang 2011



sahen. Selbst bei vergleichsweise guter Ausbildung waren die Aussichten für die meisten jungen Tunesier düster. Diese Situation war, wie auch in anderen Staaten der Region Middle East & North Africa (MENA), durch ein rasches Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte bei gleichzeitig fehlenden Investitionen in Wirtschafts- und Infrastrukturausbau der Länder herbeigeführt und von Demographen wie Bevölkerungsgeographen bereits seit Langem vorhergesagt worden. Die Ausgangssituation ist in vielen anderen arabischen Staaten (z. B. Algerien) durchaus mit der in Tunesien vergleichbar. In vielen MENA-Staaten tickt also die „Demographische Bombe“, die gekennzeichnet ist durch Anteile der Bevölkerung von über 50 Prozent, die jünger sind als 25 Jahre und für sich so gut wie keine ausreichenden Zukunftsaussichten identifizieren. Im Fall des Jemen, dessen Bevölkerung ebenfalls aufgrund wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit auf die Straßen ging, kommen massive materielle Missstände, die sogar die Nahrungsmittel- und Wasserversorgung betreffen, hinzu. Der Jemen befindet sich heute bereits in einer Situation, die zum Beispiel Libyen erst in 60 bis 70 Jahren kennzeichnen wird, wenn auch dort die Vorräte an Erdöl und fossilem Wasser zur

Neige gegangen sein werden. In Libyen demonstrierte der überwiegende Teil der Bevölkerung jedoch nicht aus Gründen materieller Not gegen Gaddafi, sondern wegen des Gefühls der politischen Unfreiheit bzw. der Ohnmacht, die sich aus dem Bewusstsein des „Politisch-nicht-eingebunden-Seins“ ergibt. Auch wenn dies viele, vor allem junge Libyer heute negieren, so ist ihre wirtschaftliche Situation im reichsten Land Afrikas und in einem der reichsten Länder der MENA-Region mit der Not junger Tunesier, Jemeniten oder auch Ägypter in keiner Weise vergleichbar.

2 Natürliche und gesellschaftliche Prägefaktoren

Libyen steht mit 1 754 540 Quadratkilometern auf Rang 16 der größten Staaten der Erde, ist allerdings nur ein Wüstenland. Mehr als 90 Prozent der Fläche gehören zu ariden bzw. semiariden Gebieten mit Niederschlägen von weniger als 100 Millimeter im Jahresmittel. Landwirtschaft ist ohne Bewässerung nur im küstennahen Tripolitanien und in den Höhen des Djebel Al-Akhtar der Cyrenaika möglich. Der überwiegende Teil des Landes gehört zur Sahara, die im Bereich der Großen Syrte bis ans Mittelmeer heranreicht. Traditionell wird Libyen in die drei Großräume unterteilt: Tripolitanien im Nordwesten, die Cyrenaika im Nordosten und den Fezzan im Westen. Eine solche Strukturierung, die man auch heute noch in weniger ausgereiften Lexika und Nachschlagewerken findet (Scholvin 2012), basiert auf kolonialen Einteilungen und vernachlässigt die weiten, extrem-ariden Räume der Sahara im Süden und Südosten. Die libysche Sahara ist durch eine Wechsellage von Becken- und Gebirgslandschaften gegliedert. Die Küstenebene Tripolitaniens wird noch weiter nach Süden vom Sahararaum durch die Schichtstufe des Djebel Nefusa abgegrenzt, an den sich nach Süden zunächst die große Steinwüste Hamada-el-Homra und dann das Sandmeer von Ubari als Zentrum des Fezzan anschließen. Sedimentgesteine bilden den gebirgigen Übergang nach Westen zum hauptsächlich auf algerischer Seite liegenden Tassili-Gebirge sowie nach Süden als Umrahmung der Großen Sandseen von Murzuk. Sand- und Kieswüstenabschnitte prägen den Südosten in der Umgebung der Kufra-Oasen, während das zentralsaharische Tibesti-Gebirge die Grenzregion zum Nachbarstaat Tschad markiert. Die größeren Oasen konzentrieren sich am Rande der Sandwüstengebiete (Ergs) und im Wadi Al-Adjal. Seit Tiefbohrungen nach fossilem Wasser dazu geführt haben, dass die Wurzeln der Palmen den Grundwasserspiegel nicht mehr erreichen können, ist es insbesondere im Raum zwischen Germa und Sebha zu verbreitetem Oasensterben gekommen.

Sowohl Tripolitanien als auch die Cyrenaika sind durch einen Reichtum an historischen Stätten gekennzeichnet. Während römische Siedlungsspuren den nordwestlichen Landesteil prägen, sind es vor allem die beeindruckenden Zeugen griechischer Gegenküstenkolonisation, die den Nordosten des Landes zu einem attraktiven Ziel für Touristen machen. Mit Leptis Magna verfügt Libyen über die größte und mit Abstand am besten erhaltene römische Stadt des gesamten Mittelmeerraumes (Di Vita 1996).

Das reiche kulturelle Erbe griechischer, römischer und byzantinischer Epochen wurde in der libyschen Geschichtsschreibung lange Zeit als fremdbestimmt eingestuft und ignoriert, während man gleichzeitig eine Selbstidentifikation in panarabischen Politikrichtungen versuchte.

3 Geschichtliche Entwicklung bis zur Unabhängigkeit

Libyens Geschichte ist dokumentiert durch einen besonderen Reichtum an frühen Kulturschätzen, von denen heute ein Großteil den Titel UNESCO-Weltkulturerbe trägt. In der Zentralsahara hinterließen prähistorische Jägergruppen im Bereich des Wadi Matendous bereits vor 12 000 bis 10 000 Jahren eindrucksvolle Felsgravierungen, welche die damalige üppige Fauna zeigen. Neolithische Felsbildmaler haben zur Zeit der neolithischen Feuchtphase (6 000 bis 3 500 v.Chr.) im Akkakus-Gebirge ihre Lebensweise als Rinderhirten dokumentiert, und an der Mittelmeerküste hinterließen zunächst griechische und phönizische Siedler Zeugnisse ihres Zusammenlebens mit den einheimischen Berbern, bevor Tripolitanien ab dem 2. vorchristlichen Jahrhundert ins Römische Reich integriert wurde. Die damalige Hauptstadt Leptis Magna erlebte eine beispiellose Ausbauphase, als im 2. nachchristlichen Jahrhundert ein Sohn der Stadt, Septimus Severus, römischer Kaiser wurde. Die Islamisierung löste im frühen siebten Jahrhundert die byzantinische Epoche ab, wobei die eigentliche Arabisierung Libyens durch die Einwanderungswellen der Beduinenstämme der Beni Sulaim und Beni Hilal erst im 11. und 12. Jahrhundert erfolgte. Die eher lose Anbindung an das Osmanische Reich wurde 1912 durch die Eroberung von Tripolis und den Beginn der italienischen Kolonialherrschaft über Libyen abgelöst. Diese endete mit dem Zweiten Weltkrieg. Bis heute sind jedoch die italienisch-libyschen Beziehungen von besonderer Intensität (Mattes 1995). Zur Zeit des gegen Libyen wegen des Lockerbie-Anschlages erlassenen Handelsembargos machte Italien, das sich an die Importsanktionen nicht hielt, mit Libyen Erdölgeschäfte in Milliardenhöhe. Erst auf amerikanischen Druck hin löste Italien im Februar 2011 seinen Freund-

schaftsvertrag mit Libyen auf, gestattete die Benutzung seiner Militärbasen und stimmte als letztes NATO-Land (noch nach der Türkei) dem Beginn der Luftschläge gegen Libyen zu.

Die Vorstellung vom Mittelmeer als einem römischen bzw. italienischen „Mare Nostrum“, einem Binnenmeer innerhalb eines politisch einheitlichen Einflussbereichs hat eine lange Tradition. Diese Ideologie wurde bereits von den Römern kurz nach der Zerstörung Karthagos (146 v.Chr.) entwickelt, um damit den Charakter des nordafrikanischen Gegenufers als integralem Bestandteil des Römischen Reiches zu unterstreichen. Die späte Kolonialmacht Italien griff diesen Gedanken wieder auf und baute ihn zur Zeit des italienischen Faschismus im Sinne einer Rechtfertigungsideologie weiter aus. An der Gestaltung des Landes, insbesondere der Hauptstadt Tripolis und des klimatisch begünstigten Gebiets Tripolitanien, haben Italiener maßgeblich mitgewirkt.

Bereits 1951 (24. Dezember) erlangte Libyen als eines der ersten Länder Afrikas die Unabhängigkeit. Seit Ende des Zweiten Weltkriegs waren Tripolitanien und die Cyrenaika von Großbritannien und der Fezzan von Frankreich verwaltet worden. Kurzzeitig hatte man erwogen, das Gebiet wieder unter Aufsicht der alten Kolonialmacht Italien zu stellen. Dann entschlossen sich die Mandatsmächte jedoch zum Modell einer konstitutionellen Monarchie nach britischem Vorbild mit König Idris I. als eingesetztem Staatsoberhaupt. Bereits 1952 verbot der König alle Gewerkschaften und die panarabischen Parteien.

Libyen war zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit eines der ärmsten Länder Afrikas. Diese Situation änderte sich grundlegend, nachdem 1959 umfangreiche Vorkommen qualitativ hochwertigen Erdöls im Bereich südlich der Großen Syrte entdeckt worden waren. Das Land wandelte sich innerhalb weniger Jahre von einer autarken Gesellschaft zur Importnation. In der Folgezeit wurde der Agrarbereich völlig vernachlässigt, und eine Verlagerung vom primären auf den tertiären Sektor kennzeichnete neben einer umfassenden Landflucht weite Teile Libyens. Wirtschaftlich und außenpolitisch war das Land völlig von Großbritannien und den USA abhängig, die sowohl Erdölförderung und -vermarktung kontrollierten, als auch militärische Stützpunkte im Land unterhielten. Innenpolitisch war Libyen von gravierenden sozialen Disparitäten und einem weitgehenden Ausschluss der Bevölkerung von politischen Entscheidungsprozessen gekennzeichnet.

4 Ethnische Zusammensetzung und Bevölkerungsstruktur Libyens

Im Rahmen der Diskussionen um Struktur und Aussehen eines nach-revolutionären Libyen wird – insbesondere von den eher weniger mit Sachkenntnis beschwerten Diskutanten – das Szenario eines Rückfalls auf das Entwicklungsstadium einer Stammesgesellschaft prognostiziert, bei dem sich Stamm gegen Stamm erheben und das Land in ein post-revolutionäres Chaos stürzen würde. Solche Zukunftsbeschreibungen entbehren weitgehend jeder Grundlage. Das Denken in Stammesstrukturen ist in Libyen nicht viel stärker ausgeprägt als in seinen Nachbarländern Tunesien und Ägypten. Libyen ist gerade in dieser Hinsicht wesentlich moderner, als dies viele europäische Beobachter und so genannte oder selbst ernannte Nahost-Experten glauben machen wollen. Die Vorstellung von ethnischen Auseinandersetzungen in einem von Instabilität und Dekapitation geprägten afrikanischen Land ist eher eine zwar alte, deshalb jedoch noch lange nicht richtige europäische Klischeevorstellung. Denn zum einen hat Gaddafi selbst über Jahrzehnte eine Politik der Schwächung des Einflusses der Stämme betrieben und letztendlich auch umgesetzt. Zum anderen hat sich die moderner werdende und zunehmend urbanisierende libysche Gesellschaft selbst de-tribalisiert und wohnt heute zum überwiegenden Teil in Städten (insbesondere in Tripolis, Benghazi und Misurata), wo Stammesstrukturen keine oder bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Bevölkerung Libyens besteht zum weitaus überwiegenden Teil aus Arabern und arabisierten Berbern. Bei einer durchschnittlichen Bevölkerungswachstumsrate von 3,5 Prozent ist die Altersstruktur der insgesamt 6,42 Millionen Libyer ausgesprochen jung. Etwa 18 Prozent der Libyer sind jünger als 15 Jahre, was angesichts einer ebenfalls relativ hohen Arbeitslosenquote von 25 bis 30 Prozent potentielle soziale und gesellschaftliche Problemkonstellationen künftiger Entwicklungen bedeutet und als ein wesentlicher Grund für das derzeitige Unruhepotenzial angesehen werden kann. Die meisten Libyer leben in den relativ schmalen Küstenstreifen von Tripolitanien und der Cyrenaika, wobei die städtischen Zentren Tripolis, Benghazi, Homs und Misurata besondere Sogwirkung für den Zuzug vom Land haben. Etwa ein Viertel der libyschen Bevölkerung ist berberischen Ursprungs. Die meisten von ihnen leben in der Gebirgsregion des Djebel Nefusa, in die sich ihre Vorfahren vor Jahrhunderten vor den einwandernden Arabern zurückzogen. Das Bekenntnis zu berberischen Wurzeln der Abstammung gewinnt in letzter Zeit immer größere Popularität, so dass Bevölkerungsstatistiken auch vor diesem Hintergrund neu gedacht werden müssen. Ein kleiner Teil der berberischen Bevölkerung Libyens lebt als Nomaden im Fezzan (Tua-

geplant. Dabei ging es zwar auch wiederum um den traditionellen Schwerpunkt des Infrastrukturausbaus, der in den vergangenen Jahren Libyen zu dem Land mit einem der besten Verkehrswegenetze Afrikas hatte werden lassen. Vor allem aber sollte auch in den Bereich der Petro-Industrie und in die Weiterverarbeitung von Erdöl investiert werden. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Modernisierung des Eisen- und Stahlwerks in Misurata. Angestrebt wird hier eine Verdoppelung der derzeitigen Kapazität auf 1,2 Millionen Tonnen pro Jahr. Dafür hatte die Lisco (Libyan Iron and Steel Company) Arbeiten im Wert von 20 bis 25 Millionen US-Dollar vergeben.

Geplante Investitionen in Milliardenhöhe und ein tatsächliches Wirtschaftswachstum um fünf Prozent setzten im Ausland deutliche Signale. Als Auftraggeber und Handelspartner war Libyen bis Ende 2010 bei ausländischen Firmen mittlerweile wieder ebenso beliebt wie gegen Ende der 1970er Jahre. Wichtigste Außenhandelspartner waren über Jahrzehnte Italien und Deutschland. Mehr als 40 Prozent der libyschen Exporte flossen nach Italien, gefolgt von Deutschland mit 17 Prozent, Spanien mit zwölf Prozent sowie Sudan und Frankreich mit je vier Prozent Anteil an libyschen Exporten. Auch im Bereich des Imports nahm Italien eine herausragende Position ein; 23 Prozent der nach Libyen eingeführten Waren stammten aus Italien, zwölf Prozent aus Deutschland, neun Prozent aus Großbritannien und jeweils sieben Prozent aus Frankreich und Tunesien. Politisch umstritten ist das jüngste libysch-französische Abkommen aus dem Jahr 2008, demzufolge Libyen zur Deckung zukünftigen Energiebedarfs insgesamt sieben Atomkraftwerke erhalten sollte.

Seit Jahren erschien Libyen durch seine Politik der bewussten Selbstisolation aus westlicher Perspektive als eines der unzugänglichsten Länder der Arabischen Welt. Seit 1996 hat sich diese Situation grundlegend verändert. Seinen deutlichsten Niederschlag findet dies in der Öffnung des Landes für internationalen Tourismus und die stetigen Versuche, eine touristische Infrastruktur aufzubauen. Dabei wäre es falsch, diese Entwicklung mit ökonomischen Überlegungen in Verbindung zu bringen. Im Gegensatz zu seinen Nachbarländern Ägypten und Tunesien ist Libyen nicht auf Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche angewiesen. Dementsprechend antwortete das Ministerium für Information, Kultur und Tourismus 2000 auf die Frage, warum man sich dennoch dem Tourismus öffne, mit einem selbstbewussten: „Weil wir das Potenzial dazu haben!“ (Bremer 2009).

Heute sind die Beziehungen zwischen Libyen und Italien wieder von besonderer Art. Dies gilt vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Wichtigster Außenhandelspartner Libyens ist derzeit Italien. Zurückzuführen ist die enge Kooperation beider Staaten weniger auf post-koloniale Erbe oder räumliche Nähe als

reg). In den städtischen Zentren des südlichen Sahararaumes leben zudem Libyer, die ethnisch zu den Tubu, den ursprünglichen Bewohnern des Tibesti (Grenzgebirge zum Tschad), gehören sowie Nachfahren früherer Sklaven aus Ländern südlich der Sahara. Von diesen dunkelhäutigen Libyern unterscheidet man in Libyen streng die eingewanderten Menschen aus subsaharischen Ländern, die entweder auf der Suche nach Arbeit nach Libyen kamen oder als Arbeitsmigranten über Libyen einen Weg nach Europa suchen. Libyen weist daher eine ausgesprochen heterogene Bevölkerungsstruktur auf.

5 Segen und Fluch der Abhängigkeit vom Erdöl

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen um eine Diversifizierung der libyschen Wirtschaft bestimmt auch nach der Revolution noch das Auf und Ab des Ölpreises die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes. 95 Prozent aller Wirtschaftsaktivitäten hängen mittelbar oder unmittelbar mit dem Export oder der Weiterverarbeitung von Erdöl zusammen. Die Probleme, welche sich aus einer solch einseitigen Abhängigkeit ergeben, waren den libyschen Wirtschaftsplanern durchaus bewusst. Gegenmaßnahmen haben allerdings kaum gegriffen. Dies ist nur teilweise auf die in den letzten Jahren gegen Libyen verhängten Wirtschaftssanktionen zurückzuführen, obwohl die Gaddafi-Regierung stets bemüht war, die Hauptgründe für wirtschaftliche Fehlentwicklungen externen Faktoren zuzuordnen.

Zwischen 1981 und 1996 steckte Libyen in einer Rezession, die vor allem durch den plötzlichen Nachfragerückgang bei Erdöl ausgelöst wurde. Um die Preise zu stabilisieren, musste die tägliche Fördermenge von zwei Millionen Barrel pro Tag auf 700 000 Barrel gedrosselt werden (1 Petro-Barrel = 42 Gallons = 158,87 dm³). Schon zu Beginn der Rezession wurde klar, dass der Landesentwicklungsplan von 18,5 Milliarden Libyschen Dinar (LD) bis 1986 nicht mehr würde verwirklicht werden können (1 Euro = 0,46 LD). Die Deviseneinnahmen aus dem Erdölgeschäft Libyens sanken von 22,5 Milliarden US-Dollar 1980 auf unter zehn Milliarden US-Dollar 1983 und schließlich weniger als sechs Milliarden US-Dollar 1986. Demgegenüber stieg die Auslandsverschuldung immer weiter an und erreichte 1991 3,5 Milliarden US-Dollar, bei einer Inflation der Verbraucherpreise von 25 Prozent. Verschärft wurde diese Situation durch die 1992 gegen Libyen verhängten, inzwischen wieder aufgehobenen, UN-Sanktionen.

Kaum eine Institution symbolisiert die Spagat-Situation Libyens zwischen Planwirtschaft einerseits und Marktwirtschaft andererseits so deutlich wie die sogenannten „Libyschen Märkte“ (Bantle 1994). Dabei handelte es sich um pe-

riodische Märkte mobiler Händler, die auf tunesischem Gebiet abgehalten wurden. Auf diesen Märkten verkauften teilweise libysche, vor allem aber tunesische Händler Zigaretten, Tee und hochwertige Importwaren an Kunden aus Tunesien. Fernseher, Radio- und Videoanlagen, CD-Player und Satelliten-Empfangsanlagen machten einen Großteil des Warenangebots aus.

Ursprünglich stammten diese Güter aus Libyen, wo sie zu staatlich subventionierten Tiefstpreisen angeboten wurden. Der libysche Staat verstand die Bereitstellung von relativ hochwertigen Importgütern zu Niedrigpreisen als einen Teil der Fürsorgepflicht gegenüber seinen Bürgern. Die ohnehin bereits zu Mengenrabatt-Niedrigpreisen meist im Tausch gegen Öl importierten Waren wurden zusätzlich mit staatlichen Mitteln subventioniert und ihr inner-libyscher Verkaufspreis so künstlich gesenkt. Die Waren gelangten über libysche Zwischenhändler und den Grenzübergang von Ras Ajdir auf die Märkte in Tunesien. Dabei war die Gewinnspanne zwischen staatlich subventioniertem Verkaufspreis in Libyen und dem offiziellen Verkaufspreis in Tunesien so groß, dass trotz der Zwischenhändlerprovisionen und bestimmter „Grenzformalitäten“ noch Gewinne von hundert bis 300 Prozent erzielt werden konnten. Im Hinterland von Sfax und Ben Guerdane in Tunesien gehörten die Libyschen Märkte bereits zu den etablierten Handelseinrichtungen mit fester Umfriedung, stationären Ladenboxen und Flutlichtanlagen. Vor allem zur Zeit des Embargos florierten diese Märkte und fügten Libyen erheblichen gesamtwirtschaftlichen Schaden zu. Dennoch wurde diese Form der Schattenwirtschaft stillschweigend toleriert, da man sich einerseits auf diese Weise eine inoffizielle Deviseneinnahmequelle erhoffte und andererseits die Schmugglersituation sonst unkontrollierbare Ausmaße angenommen hätte. Die Libyschen Märkte in Tunesien gehören heute der Vergangenheit an.

Seit Ende der 1990er Jahre deutete sich eine Überwindung der wirtschaftlichen Rezession an. Auch für diesen Trend waren wiederum externe Faktoren, vor allem die Entwicklung der Erdölpreise und die gestiegene Nachfrage nach libyschem Öl, ausschlaggebend. Libyen plante, einen Großteil der zu erwartenden Einnahmen in den weiteren Ausbau der Infrastruktur und die Modernisierung der Schwerindustrie zu investieren. Zunächst wurden dafür zwölf bis 13 Milliarden US-Dollar vorgesehen. Die gestiegenen Mehreinnahmen sollten sich auch auf eine Belebung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auswirken. Der Allgemeine Volkskongress ging damals von einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 4,7 Prozent aus. Diese Erwartungen waren nicht zu hoch ge-griffen, denn bereits 1999 hatte man mit ca. 4,2 Prozent gerechnet, tatsächlich aber 5,4 Prozent BIP-Wachstum erreicht.

vielmehr auf die nicht näher quantifizierbare Tatsache, dass Italien auch bereits zur Zeit des noch bestehenden UN-Embargos gegen Libyen konsequent Berührungängste ab- und früher als andere Länder wieder Wirtschaftskontakte aufgebaut hatte.

Die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Italien und Libyen unter Gaddafi lag durchaus im beiderseitigen Interesse und drückte sich in einer Reihe von Privilegien für italienische Handelspartner aus. Bei rund der Hälfte der bis 2005 geplanten Investitionen im Bereich des Infrastrukturausbaus, für den insgesamt zwölf Milliarden US-Dollar vorgesehen waren, sollten vor allem italienische Firmen berücksichtigt werden. Die Kooperation umfasste dabei sowohl die traditionellen Bereiche (Straßenbau, Wasserleitungen in Süd-Libyen, Nahrungsmittelindustrie, Erdölraffinerien und Pipelines) als auch neue spektakuläre Großprojekte. Dazu gehörten etwa der Bau einer Eisenbahnverbindung Tunesien-Libyen-Ägypten sowie die Verlegung einer 600 Kilometer langen Unterwasserleitung, durch die libysches Erdgas über Sizilien und Italien dem Weltmarkt zugeführt werden sollte. Die Vereinbarungen zur Vermarktung des Sahara-Gases wurden Anfang 2000 zwischen dem libyschen Staat und zwei italienischen Firmen geschlossen. Die Koordination der Wirtschaftsbeziehungen oblag der italienisch-libyschen Beratungsgesellschaft ALI (Azienda Libica Italiana), die ihren Sitz in Rom hat. Bereits 130 italienische Unternehmen wurden in der gemischt bilateralen Organisation zusammengefasst, während nach Aussage ihres Präsidenten, Abdul Rahaman Shalgam, weitere 30 Firmen auf Aufnahmeverträge warten. Die neue Regierung in Tripolis hat sowohl staatlichen italienischen Firmen als auch kleinen und mittelständischen Firmen, die in der ALI organisiert sind, eine Vorzugsbehandlung bei Auftragsvergabeverfahren eingeräumt.

6 Gaddafi als entscheidender Prägefaktor der politischen Entwicklung Libyens

Die jüngere Geschichte Libyens ist untrennbar mit dem Wirken von Muammar al-Gaddafi verbunden. Als Revolutionsführer lenkte er de facto seit 1969 unter wechselnden Amtsbezeichnungen die Geschicke des Landes und war damit lange Zeit dienstältester Staatschef Afrikas. Gaddafi wurde 1942 als Sohn einer Beduinen-Familie in der Nähe von Sirte geboren. Er besuchte zunächst eine arabische Elementarschule, danach das Gymnasium und schloss sein Geschichtsstudium an der University of Libya mit einem Diplom ab. 1963 trat Gaddafi in die Militärakademie ein und gründete bereits 1966 die Bewegung der „Freien Offiziere“. Als

Gaddafi hatte zu Beginn des Jahres 2000 deutlich Kritik am bisherigen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung vor dem Allgemeinen Volkskongress geäußert. Vor allem die immer noch große Abhängigkeit Libyens vom Erdöllexport (95 Prozent der Deviseneinnahmen stammten aus dem Erdölgeschäft) und die ausbleibenden Fortschritte beim Versuch der Diversifizierung der Wirtschaft wurden kritisiert. Unmittelbare Folgen der Intervention des Revolutionsführers waren die Kürzung der jährlichen Ausgabenansätze von 3,5 Milliarden LD (1999) auf 3,1 Milliarden LD (2000) und eine Änderung des Staatshaushaltsplans, die vorsah, dass nur noch 20 Prozent der Staatsausgaben von Öleinnahmen bezahlt werden durften. Hinweise darauf, wovon der Rest der Staatsausgaben in Zukunft zu bezahlen sei und was mit den verbleibenden Erdölgewinnen zu geschehen habe, enthielt die Direktive jedoch nicht.

Wichtiger als konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten, war an Gaddafis Regierungskritik die Betonung der These, dass er selbst für Fehlentwicklungen nicht verantwortlich zu machen sei. Als Revolutionsführer sei er nach dem Selbstverständnis der libyschen Verfassung nicht Teil der Regierung, sondern stand außerhalb bzw. oberhalb derselben. Politikversagen konnte daher anderen Verantwortlichen zugewiesen werden. Dementsprechend folgte Mitte 2000 eine Regierungsumbildung, die alle Züge eines revolutionären Umbruchs aufwies. Zunächst wurde die zentrale Regierungsgewalt weitgehend auf regionale Zuständigkeiten übertragen. Entscheidend aber war, dass zwei Drittel der bisherigen Ministerien ersatzlos gestrichen wurden. Aus dem Ensemble der bestätigten und neu geschaffenen Bereiche ließen sich die beabsichtigten Schwerpunkte künftiger libyscher Politik ablesen. Bestätigt wurden lediglich das Ministerium für Produktion, das für Dienstleistungen sowie das Innen- und das Außenministerium, zu dessen Leiter der frühere Botschafter in Deutschland ernannt wurde. Auch das Ministerium für Information, Kultur und Tourismus bestand weiterhin. Neu geschaffen wurde ein Ministerium für die Koordination der Beziehungen zu Ländern des subsaharischen Afrika. Die die Erdölwirtschaft steuernde Energiepolitik wurde ganz der staatlichen Erdölgesellschaft übertragen, während das Verteidigungsressort ohnehin nicht zur Disposition stand und traditionell einer Gruppe von Gaddafi-Vertrauten unterstand.

Nachdem 1999, pünktlich zum 30. Jahrestag der libyschen September-Revolution, das Prestige-Projekt des „Großen Künstlichen Flusses“ (Schliephake 1993; Demny 2012: 40 f.), bei dem fossiles Wasser aus der Zentralsahara über ein landesweites Röhrensystem bis in die Küstenstädte geleitet wird, größtenteils abgeschlossen worden war, wurden danach andere, nicht weniger ehrgeizige, Projekte

Hauptmann der Armee machte er sich 1969 zum Anführer eines unblutigen Militärputsches, setzte Idris I. ab und erklärte Libyen zur Arabischen Republik.

Die von Gaddafi propagierte sogenannte „Grüne Revolution“ ab Anfang der 70er Jahre hatte sich die „nationale Befreiung“ von wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA und Großbritannien sowie die gesamtwirtschaftliche Nutzung der Erdölreserven zur Aufgabe gemacht. Alle ausländischen Banken sowie Erdölunternehmen wurden unter Gaddafi verstaatlicht und die Militärstützpunkte fremder Mächte geschlossen. Die Einnahmen aus dem Erdölgeschäft wurden in den Infrastrukturausbau des Landes investiert und nicht mehr im Ausland angelegt. Durch eine rasche Verbesserung der medizinischen Versorgung, die Implementierung einer umfassenden Primarschulbildung sowie eine großzügige Darlehens- und Kreditpolitik gelang Gaddafi eine breite Akzeptanz seiner Politik in der Bevölkerung. Bis 1980 war Libyen das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen unter allen sozialistischen Ländern.

Ideologisch setzte sich Muammar al-Gaddafi sowohl vom Kapitalismus als auch vom Sozialismus östlicher Prägung bewusst ab. Er entwickelte einen dritten Weg, die sogenannte „Dritte Universal-Theorie“ (DUT), in deren Konzept basisdemokratische Elemente, Sozialismus, Islam, Pan-Arabische Ideen und vor allem die beduinische Tradition des „Sich-Beratens“ miteinander verwoben wurden. Die Grundzüge seiner Theorie legte der Evolutionsführer im sogenannten *Grünen Buch* (Al-Qaddafi 1990) nieder. Entscheidender Unterschied zu den als „Volksdemokratien“ verschleierte Diktaturen des ehemaligen Ostblocks war dabei die Installation von „basisdemokratischen Volkskongressen“, die laut Anspruch eine „Direktherrschaft des Volkes über das Volk“ gewährleisten sollten. De facto wurden dadurch jedoch alle Stationen zwischen Regierung und Basis ausgeschlossen. Politisch unantastbar wurde die Position des offiziell außerhalb der Regierung stehenden Revolutionsführers. Bei aller Kritik, die der „real-existierende libysche Sozialismus“ von unterschiedlichen Seiten immer wieder erfahren hat, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sich dieses System offenbar als für Libyen besonders nachhaltig erwiesen hat. Anfangs erfuhr es nicht nur in den arabischen Nachbarstaaten und Ländern sozialistischen Zuschnitts eine gewisse Anerkennung und Bewunderung (Bianco 1974).

Libyen war in der westlichen Einteilung der Welt in Gut und Böse über Jahrzehnte ein charakteristischer Vertreter der sogenannten „Schurkenstaaten“. Seitens des US-Außenministeriums wurde Libyen lange zusammen mit Afghanistan, Irak, Iran, Kuba, Nordkorea, Pakistan, Sudan und Syrien auf der Liste der „Schurkenstaaten“ geführt. Vor allem mit Deviseneinnahmen aus dem Erdölgeschäft unterstützte Libyen in der Vergangenheit weltweit eine Vielzahl unterschiedlichster

Organisationen. Zu den Günstlingen des libyschen Regimes gehörten unter anderem die PLO, die IRA, muslimische Gruppen auf den Philippinen, schiitische und sunnitische Kampforganisationen im Libanon, kurdische Kommandos und sogar fundamentalistische christliche Rebellen in Uganda, die über Sudan von Libyen aus als Rache für die von Uganda unterstützten sudanesischen Rebellen im Sudan finanziert wurden. Als Vergeltung für die libysche Unterstützung von Terrororganisationen ließ der damalige amerikanische Präsident Ronald Reagan 1986 die Städte Tripolis und Benghazi bombardieren. Ziel dieser fragwürdigen Aktion, bei der bewusst zivile Opfer in Kauf genommen wurden, war es, Gaddafi zu töten. Durch einen Zufall überlebte dieser jedoch, während angeblich seine Tochter umkam und andere Mitglieder der Familie verletzt wurden. Die in der Altstadt von Tripolis entstandenen Bombenschäden waren noch bis Anfang der 90er Jahre zu sehen.

Die Diskussion um libysche Verwicklungen in internationale Terroraktionen konzentrierte sich in den letzten Jahren vor allem auf das Lockerbie-Attentat und den Anschlag auf die Berliner Diskothek La-Belle. Der libyschen Regierung wurde dabei vorgeworfen, hinter dem Bombenanschlag auf ein amerikanisches Verkehrsflugzeug zu stecken, welches im Dezember 1988 über dem schottischen Ort Lockerbie zum Absturz gebracht wurde. Bei dem Anschlag kamen alle 259 Insassen und elf Bewohner des Ortes ums Leben. Nach langem Zögern lieferte Libyen schließlich zwei mutmaßliche Attentäter aus, gegen die im Mai 2000 im ehemaligen amerikanischen Stützpunkt Camp Zeist in den Niederlanden ein Prozess nach schottischem Recht geführt wurde. Während Kritiker in dem Prozess vor allem ein Bauernopfer sahen, half die Auslieferung der beiden mutmaßlichen Attentäter Libyen weiter auf dem Weg aus der Isolation. Das Lockerbie-Gerichtsverfahren wurde Anfang 2001 abgeschlossen. Einer der beiden Angeklagten erhielt eine mehrjährige Haftstrafe, während der andere freigesprochen wurde.

Bei dem Anschlag auf die Berliner Diskothek La-Belle waren 1986 drei Menschen getötet und mehr als 200 verletzt worden. Seither wurde der libysche Geheimdienst verdächtigt, den Anschlag organisiert zu haben, da das Lokal vor allem von amerikanischen Soldaten besucht wurde und sich Libyen seinerzeit in einem eskalierenden Konflikt mit den USA befand. Auch hier zeichnete sich eine Wende ab, seit Libyen Anfang des Jahres 2000 einem deutschen Rechtshilfersuchen zustimmte und signalisierte, bei der Aufklärung des La-Belle-Falles mitzuwirken.

Vergleichbare Kooperationsvereinbarungen zur Aufklärung terroristischer Hintergründe wurden mit Frankreich und anderen europäischen Ländern getroffen. Den Höhepunkt seiner öffentlichen Abkehr vom internationalen Terroris-

mus inszenierte Gaddafi durch seine Vermittlung zur Befreiung der von muslimischen Separatisten auf der südphilippinischen Insel Jolo gefangen gehaltenen Geiseln im Sommer 2000.

Während sich noch unter der Clinton-Administration die Anzeichen dafür häuften, dass man mehr und mehr bereit sei, Libyen gegebenenfalls von der „Schurkenstaaten“-Liste zu streichen, erlebten diese Überlegungen unter Präsident Bush eine Neubewertung. Libyen fügte sich schließlich der Resolution des UN-Sicherheitsrats und zahlte Entschädigungen an die Hinterbliebenen der Lockerbie-Opfer. Insgesamt haben die Aufhebung des UN-Embargos gegen Libyen nach Auslieferung der mutmaßlichen Täter 1999 und die Zahlung von Wiedergutmachungsgeldern wesentlich zur Öffnung des Landes beigetragen.

Während des EU-Afrika-Gipfeltreffens im Jahr 2000 fand der libysche Revolutionsführer in Kairo Gelegenheit, seine Wiederaufnahme in die Völkerfamilie vor allem durch Gespräche mit europäischen Regierungschefs medienwirksam zu demonstrieren. Dabei wurde die Neuorientierung der libyschen Außenpolitik deutlich: Sie bestand einerseits in einem verstärkten politischen Engagement im afrikanischen Bereich und andererseits in einer wirtschaftlichen Hinwendung zu Europa.

Insbesondere die neue libysche Afrika-Politik und die aktuelle Selbstdefinition des Landes als ein Teil Afrikas (und nicht mehr ausschließlich der Arabischen Welt) hatten Libyens Rückkehr in die Völkergemeinschaft und ein Heraustreten aus der früheren Paria-Situation begünstigt. Nachdem Libyen in den letzten Jahren durch seinen Truppenrückzug aus dem zeitweise besetzten Nord-Tschad und den anschließenden Verzicht auf den umstrittenen Aouzou-Streifen im Grenzgebiet zu Niger und Tschad seinen Frieden mit der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) gemacht hatte, setzte sich diese im Gegenzug verstärkt für eine Lockerung der gegen Libyen verhängten UN-Sanktionen ein. Prominentester Fürsprecher war Nelson Mandela. An den Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der libyschen Revolution im September 1999 nahmen auffallend viele Gäste aus Ländern des subsaharischen Afrika teil. Im Jahr 2000 beteiligten sich sogar libysche Offiziere mit Billigung der USA an Friedenssondierungsgesprächen in der Demokratischen Republik Kongo. Beifall fanden vor allem auch die von Gaddafi mit Vehemenz vorgetragenen Appelle an die Europäer, in denen er nach dem Credo: „Lasst Afrika in Ruhe“ betonte, dass man eine völlig andere Tradition und Kultur habe, Lebensmittel und Medikamente zwar benötige, aber keine Lektionen in Demokratie. Als der unmittelbare Erfolg der libyschen Revolutionäre 2011 zunächst ausblieb, versuchte noch bis zuletzt die Afrikanische Union, Gaddafis Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Geradezu revolutionär hingegen waren die libyschen Signale in Bezug auf eine künftige wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Europa. Mehrfach wurde die Bereitschaft bekräftigt, die Bedingungen der „Barcelona-Vereinbarungen“ zu akzeptieren, welche die Beziehungen zwischen der EU und den Mittelmeeranrainern regeln, aber auch das Bekenntnis zu Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie beinhalten. Sogar Libyens frühere Forderung nach einem Ausschluss Israels wurde nicht mehr aufrechterhalten. Nachdem Gaddafi im libyschen Radio bereits verkündet hatte, dass „sozialer Kapitalismus“ möglicherweise doch der bessere Weg sei, erklärte er bald danach gegenüber der ägyptischen Zeitschrift *Al-Ahram* enge Beziehungen zu Europa und die Eingliederung in die euromediterrane Partnerschaft zu seinen vorrangigen politischen Zielen.

Zu Beginn des neuen Jahrtausends hatte sich Libyen erfolgreich aus seiner früheren Abseitsposition, die zum Teil auf eine Politik der bewussten Selbstisolation, aber auch auf Sanktionen der Völkergemeinschaft zurückging, gelöst. Trotz vielfältiger Bemühungen zu einer Diversifizierung der Wirtschaft war die libysche Entwicklung jedoch nach wie vor vor allem vom Weltmarktpreis für Erdöl abhängig. Die neue Öffnung des Landes fand ihren Niederschlag in einer bislang noch geplanten Liberalisierung der Wirtschaft und dem Ausbau des Tourismussektors, während die außenpolitischen Schwerpunkte einerseits nach Subsahara-Afrika und andererseits in Richtung einer euromediterranen Integration gerichtet waren.

7 Vom Partner zum Schurken

Die abermalige Verwandlung, diesmal vom Partner wieder zurück zum Schurken, unternahm nicht Gaddafi selbst, sie wurde ihm von westlichen Akteuren übergestülpt und aufgezwungen. Unter dem Eindruck der schnellen Erfolge der „Arabellionen“ in Tunesien und Ägypten rechnete man im Februar 2011 allgemein mit einem ebenso schnellen Erfolg des Aufstandes in Libyen. Dies war eine eklatante Fehleinschätzung. Sie führte in den folgenden Monaten zu einer Stagnation der Revolte in Libyen und zu einem Festfahren der Fronten zwischen den Anhängern Gaddafis einerseits und den Rebellen im Osten des Landes andererseits.

Im Umfeld der arabischen Revolutionen in Nordafrika hatte sich der Akteur Frankreich gleich mehrere schwerwiegende Fehler erlaubt, die heute als wesentliche Gründe für die lange Zeit festgefahrene Situation der libyschen Revolte angesehen werden können: Vorausgegangen war den französischen Fehleinschätzungen ein unglücklicherweise bekannt gewordenes Telefonat zwischen der

die zur Gefangennahme und zum anschließenden Tod Gaddafis führten. Ob hier ein Gefangener liquidiert oder „auf der Flucht erschossen“ wurde und von wem genau sowie auf wessen Veranlassung dies geschah, wird wohl auch weiterhin im Dunkeln bleiben. Umso klarer erscheint indessen, dass der rasche Tod Gaddafis vielen sehr gelegen gekommen sein dürfte. Vordergründig wurden damit nur revolutionäre Rachegeleüste gestillt. Vor allem aber wurde die internationale Gemeinschaft davor bewahrt, sich in der Frage entscheiden zu müssen, ob man Gaddafi in Libyen vor Gericht stellen sollte oder vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Ein Prozess innerhalb Libyens hätte nach westlicher Auffassung die potentielle Gefahr eines Rachetribunals bedeutet, andererseits hätte man die gerade im Aufbau befindliche neue Übergangsregierung und damit den gesamten Demokratisierungsprozess des Landes gefährdet, wenn man durch eine Prozessverlagerung nach außen damit öffentlich dokumentiert hätte, dass man sich eine rechtsstaatliche Prozessführung zwar gewünscht, sie aber Organen der Übergangsregierung noch nicht zugetraut hätte. Größte Erleichterung über die mutmaßliche Ermordung Gaddafis dürften aber all jene, auch und vor allem westliche Akteure, gefühlt haben, die in einem Verfahren gegen den Diktator hätten befürchten müssen, dass ihre früheren Geschäfte und politischen Klüngeleien mit dem Machthaber einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden wären. Die Nachricht vom Tod Gaddafis dürfte daher vor allem in Rom von innbrünstigen Erleichterungsseufzern begleitet worden sein.

Auch wenn die Frage nach den genauen Todesumständen Gaddafis letztendlich eine geschichtliche Randnotiz von vernachlässigungswerter Wichtigkeit werden wird, so gibt es doch andere Geheimnisse der libyschen Revolution, die wahrscheinlich nie oder nur durch Sabotage und Spionage oder bestenfalls durch den illegalen Verkauf geheimer Regierungsunterlagen westlichen Staaten einmal bekannt werden. Dabei geht es im Kern um die Frage, wie selbstständig die militärischen Arme der libyschen Revolution tatsächlich agierten und ob sich westliches militärisches Engagement tatsächlich nur auf die Aktionen beschränkte, welche die von den UN sanktionierte Einrichtung einer Flugverbotszone vorsah. Ob darüber hinaus nicht möglicherweise doch Kampftruppen von NATO-Staaten am Boden in Libyen eingesetzt worden sind, bleibt umstritten. Auffällig ist in diesem Zusammenhang jedoch die immer wiederkehrende Antwort von NATO-Stellen, dass das Bündnis selbst keine Bodenkampftruppen in Libyen im Einsatz gehabt habe, dass man aber keine Auskunft darüber geben könne, wie gegebenenfalls einzelne NATO-Mitgliedsstaaten darüber hinaus sozusagen in Eigenregie gehandelt hätten. Großbritannien und Frankreich werden in diesem Zusammenhang immer wieder genannt (Wagner 2012).

Außenministerin Michèle Alliot-Marie und dem damaligen Noch-Machhaber, Ben Ali, in Tunesien. Im Laufe dieses Telefongesprächs hatte Frankreich Ben Ali Polizei-Unterstützung bei der Bekämpfung der tunesischen Revolutionäre in Aussicht gestellt. Kurz danach musste die französische Außenministerin zwar gehen, aber das Image der Grande Nation war nicht nur in Tunesien, sondern darüber hinaus in ganz Nordafrika und der gesamten Arabischen Welt weitgehend zerstört. Man hatte sich deutlich als Unterstützer eines Autokraten geoutet und – was vielleicht noch schwerer wog – dabei klare Grundzüge postkolonialer Politik offenbart. Das Image Frankreichs war im Februar 2011 sogar noch stärker angeschlagen als bei der gemeinsam mit Großbritannien durchgeführten Besetzung der Suez-Kanalzone im Jahr 1956. Frankreich musste also handeln, um nicht zu riskieren, über Jahrzehnte hinweg im südlichen Mittelmeerraum den Boden unter den Füßen bzw. die dortigen Märkte der Zukunft zu verlieren. In dieser Situation stellte sich Frankreich schnell – und wie sich später herausstellte vielleicht zu schnell – auf die Seite der libyschen Rebellen. Deren raschen Sieg sah man ebenso kommen wie den baldigen Sturz Gaddafis und wollte daher rechtzeitig auf Seiten der Sieger stehen. Drei Strategierichtungen werden heute mit der von vielen Beobachtern als überhastet interpretierten Parteinahme Frankreichs für die Revolutionäre in Libyen verbunden:

- Zum einen wollte Frankreich damit sein in der Arabischen Welt stark angeschlagenes Image wieder verbessern und als Unterstützer des arabischen Aufstandes gelten.
- Zum anderen wollte sich Frankreich mit der klaren Parteinahme bei den vermeintlichen künftigen Machthabern in Libyen eine bessere Geschäftsausgangslage – insbesondere gegenüber Italien – verschaffen und damit die angestrebte mediterrane Vormachtstellung weiter ausbauen.
- Und drittens wollte der damalige Präsident Sarkozy vor langer Zeit mit Gaddafi eingefädelt Geschäftsbeziehungen unbedingt retten und auf die Nach-Revolutionsregierung übertragen, ohne dabei den gerade erst gewonnenen nordafrikanischen Handelspartner Libyen wieder zu verlieren.

Ein wichtiger Bestandteil der noch mit Gaddafi ausgehandelten und nun auf die Regierung im Nachrevolutions-Libyen zu übertragenden bilateralen Geschäfte sind insbesondere die Verträge über sieben französische Atomkraftwerke neuester Bauart, die Regierung in Paris in den nächsten Jahren an Libyen verkaufen wollte. Dieses enorme Geschäft (1,3 Milliarden pro Reaktor) sah man in Frankreich gefährdet, sollte man sich nicht rechtzeitig mit den Rebellen gut stellen.

Es kam Frankreich also ab Ende Februar 2011 darauf an, schnell und eindeutig zu handeln – möglichst mit internationaler Rückendeckung. Diese war von der EU nur zögerlich, von der NATO zunächst gar nicht und den UN nur unter Vorbehalt zu erhalten. Dennoch drängte die Zeit, denn in Libyen waren die Rebellen nach anfänglichen Achtungserfolgen von den Truppen des Gaddafi-Regimes wieder zurückgedrängt worden; es drohte die Einnahme der Stadt Benghazi und damit das Ende des libyschen Aufstandes. Nur so ist im Nachhinein aus heutiger Sicht zu erklären, warum Frankreich seinerzeit auf ein schnelles Eingreifen in Libyen drängte und viele Entscheidungsprozesse der westlichen und internationalen Allianz kaum abwarten konnte.

Neben einer Reihe von eher wirkungslosen bzw. wirkungsarmen Resolutionen (Verhängung des Reiseverbotes für Mitglieder der Familie Gaddafi, Einfrieren von Auslandskonten Gaddafis, Ausschluss Libyens aus der UN-Menschenrechtskommission und Verbot von Waffenlieferungen nach Libyen) hatte lediglich die lange diskutierte Option der Einrichtung bzw. Ausrufung einer Flugverbotszone über Libyen das Potenzial, nachhaltig das Kampfgeschehen zu beeinflussen und damit der Revolution neue Schwungkraft zu verleihen. Während sich die UN auffällig rasch zum Erlass der vier oben genannten harmloseren Resolutionen entschieden (wohl auch in peinlicher Erinnerung daran, dass man es versäumt hatte, Libyen aus der UN-Menschenrechtskommission auszuschließen), tat man sich mit ungleich schwerer mit dem Verhängen einer Flugverbotszone. Dieses Verbot wurde aber von westlichen Akteuren unbedingt benötigt, um die Rebellen wirksam unterstützen zu können. Als die UN die Resolution der Flugverbotszoneneinrichtung endlich beschlossen hatten, ließ Sarkozy seine Kampfbomber, noch während der Sicherheitsrat über andere Punkte weiter tagte, starten und Gaddafis Panzer unmittelbar vor Benghazi stoppen. Die Situation war für die zwar idealistischen, aber hoffungslos kampfunerfahrenen Rebellen damals ausgesprochen kritisch; nur wenige Stunden später hätten Gaddafis Truppen Benghazi zurückerobert. Auf Seiten der Revolutionäre hatte man schnell verstanden, wer hier wem rasch geholfen hatte und nicht nur in Benghazi, sondern auch in anderen Städten der Arabischen Welt ghisste Plakate mit Dankesworten an Frankreich verrieten, dass Sarkozys Rechnung aufgegangen war: Die Umschreibungsoption der AKW-Verkaufspläne auf Kunden aus der Revolutionsbewegung war gelungen, das Geschäft gesichert.

Im Gegensatz zur Frage nach den näheren Todesumständen von Gaddafi sind die Umstände einer potentiellen Beteiligung westlicher Spezialtruppen an den Bodenkämpfen in Libyen keine eher unwichtige Anekdote der Geschichte. Sie nehmen über die libysche Revolution hinaus Einfluss auf die Diskussionen um Eingreifmöglichkeiten in der syrischen Revolution und werden auch bei künftigen Konflikten in der MENA-Region zu mehr oder weniger offen diskutierten Optionen werden.

10 Unsicherheiten im Umfeld der ersten demokratischen Wahlen in Libyen

Die politischen Ereignisse in Libyen während der Vorbereitung und Durchführung sowie der anschließenden Umsetzung der ersten demokratischen Wahlen des Landes interessierten die Medien deutlich weniger als die Kämpfe im Zuge der libyschen Revolution. Ohne allzu zynisch sein zu wollen, sei an dieser Stelle die Hypothese aufgestellt, dass dies mit sehr großer Wahrscheinlichkeit auch damit zusammenhängt, dass die libyschen Wahlen ohne größere der im Vorfeld vielfach prognostizierten Katastrophen verlaufen sind. Bei der nachträglichen Lektüre und Analyse von Medienmeldungen unterschiedlicher Art sowohl deutscher als auch internationaler Provenienz lässt sich feststellen, dass der weitaus überwiegende Teil der Medien offenbar nach dem Motto „only bad news are good news“ gehandelt hat. Vielfach gewinnt man sogar den Eindruck, dass verbreitet ein gewisses Bedauern darüber herrschte, dass die Wahlen in Libyen so vergleichsweise reibungslos abgelaufen sind und keines der Szenarien, welche vorher die mehr oder weniger professionellen Schwarzseher an die Wand gemalt hatten, eingetroffen ist. Viel besser ins Bild gepasst hätten chaotische Ereignisse und gewaltsame Auseinandersetzungen, die eher dem westlichen Image eines zerbrochenen afrikanischen Staates ohne Erfahrung mit den demokratischen Spielregeln und nachhaltig geschwächt von post-revolutionären Racheaktionen entsprochen hätten. Noch nicht einmal die Schreckensvision einer islamistischen Mehrheitsregierung konnte als Wahlergebnis bestätigt werden; auch hier überwogen auf voller Breite die positiven, d. h. den Westen beruhigenden Nachrichten.

Im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen war die junge, gerade im Anfangsstadium begriffene libysche Demokratie jedoch von einigen Ereignissen belastet worden, die von ausländischen Beobachtern nur unzureichend kompetent eingeordnet wurden (Busse/Franzmeier 2011; Scholvin 2012). Erschwerend kam hinzu,

8 „Besser einmal in einen Krieg zu wenig involviert sein als in einen zu viel“ – Der deutsche Sonderweg der „Ohne-uns-Option“

Die Weigerung Deutschlands, sich 2011 an den Militärschlägen gegen Libyen zu beteiligen, ist mehrfach lange und vor allem kontrovers diskutiert worden. Sicher standen bei den damaligen Entscheidungsprozessen der Bundesregierung in erster Linie innenpolitische bzw. wahltaktische Überlegungen stärker im Vordergrund als die Notwendigkeit, eine internationale Waffenbrüderschaft durch Tatkraft zu dokumentieren. Dennoch darf man die deutsche Zurückhaltung unter mehreren Gesichtspunkten aus heutiger Sicht durchaus auch positiv bewerten:

- Die amerikanische Verstimmung wegen der deutschen Zurückhaltung wurde spätestens mit dem Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Anfang Juni 2011 weitgehend wieder beigelegt.
- Dass Deutschland unter anderem auch nicht mitbombte für die Durchsetzung bzw. Weiterführung französischer Atomgeschäfte mit Nordafrika, darf aus heutiger Sicht ebenfalls durchaus positiv bewertet werden.
- Auch ein deutsches militärisches Engagement im Sinne eines robusten Mandates hätte an der grundsätzlichen Misere des monatelangen Tauziehens zwischen Rebellen und Gaddafi-Anhängern in Libyen kurzfristig nichts geändert.

Die militärische Zurückhaltung prädestiniert Deutschland heute geradezu als vergleichsweise neutralen Verhandlungsführer in einem Nachrevolutions-Libyen und hat das allgemein hohe Ansehen der Bundesrepublik in der Arabischen Welt eher gestärkt denn beschädigt; im Gegenteil, eine Waffenbrüderschaft mit den ehemals in Nordafrika engagierten Ex-Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien hätte hier sogar eher geschadet.

9 Libysche Revolutionsgeheimnisse

Auch wenn sich derzeit fast täglich neue Möglichkeiten eröffnen, an Materialien zu gelangen, mit deren Hilfe sich vor- und nach-revolutionäre Konstellationen in Libyen analysieren lassen, so muss man allerdings zugleich akzeptieren, dass es eine ganze Reihe von Ereignissen – insbesondere aus den Tagen gegen Ende der Revolution – gibt, deren genauere Hintergründe sich wahrscheinlich nie restlos entschleiern lassen werden. Dazu gehören vor allem die näheren Umstände,

dass diese Ereignisse auf den ersten Blick einigen der besonders düsteren Prognosen recht zu geben schienen und dass sie darüber hinaus auch noch fast gleichzeitig abliefen. Es erscheint daher angeraten, sie in der nachträglichen Betrachtung genauer zu analysieren.

Allgemein großes Interesse erregte der harsche Umgang von Vertretern der libyschen Übergangsregierung mit Mitgliedern der Delegation des Internationalen Gerichtshofs, die zeitweise und teilweise in ihrer Arbeit behindert worden waren, denen die Zugänge zu Inhaftierten (insbesondere zu Mitgliedern der Gaddafi-Familie) verboten und die schließlich sogar unter anderem unter angeblichem Spionageverdacht verhaftet worden waren. Ausländische, insbesondere westliche Beobachter sahen darin eine allzu schnelle Abkehr von demokratischen bzw. von rechtsstaatlichen Grundprinzipien und eine Hinwendung zu „typisch afrikanischen“ Diktaturmustern. Die Verhaftungen und Arbeitsbehinderungen von Mitgliedern des Internationalen Gerichtshofs passten genau in das Bild, das man landläufig bereit war, sich von den neuen Machthabern in Libyen zu machen. Solche Analysen lassen jedoch oft tiefgreifendere Erkenntnisse vermissen. Unbeachtet blieb dabei insbesondere die ausgesprochen schwierige Situation der libyschen Übergangsregierung, die sich auf einer Gratwanderung befand. Diese bestand im Wesentlichen darin, den internationalen Akteuren zu signalisieren, dass man sowohl willens als auch in der Lage sei, den westlichen Vorstellungen von Demokratieeinführung zu entsprechen und gleichzeitig gegenüber dem eigenen Volk als Übergangsregierung in erster Linie die Ideen der Revolution weiterzuverfolgen. Dazu gehörten nach den Vorstellungen der meisten revolutionären Libyer eine klare Abrechnung mit dem früheren Regime und eine kompromisslose Verfolgung und Bestrafung seiner Funktionäre, insbesondere derer, die dem unmittelbaren Gaddafi-Umfeld zugerechnet wurden. An dieser Stelle soll gar nicht über die Rechtmäßigkeit von Bestrafungswünschen und das schwierige Problem ihrer Abgrenzung von Rachedgedanken spekuliert werden. Es muss aber umso deutlicher betont werden, dass aus Sicht der unterschiedlichen Gruppen revolutionärer Aktivisten eine zu nachgiebige Verfolgung von Gaddafi-Regimeangehörigen als eine Beibehaltung früherer Machtstrukturen und der Versuch einer Vertuschung von Machtmissbrauch gewertet worden wäre. Dass der Wunsch, Angehörige des früheren libyschen Regimes einer wie auch immer gearteten Bestrafung zuzuführen, nicht auf Antrieb und von vornherein bis ins letzte Detail mit den Gerechtigkeitsvorstellungen internationaler Akteure der Gerichtsbarkeit übereinstimmen konnte, hätte angesichts der praktisch nicht vorhandenen Erfahrung im Umgang mit vergleichbaren libyschen Fällen eigentlich allgemein bekannt sein müssen. Unglückliche Umstände kamen hinzu: So wurden Mitglieder der De-

legation des Internationalen Gerichtshofs von Milizen im Bereich des Djebel Nefusa ausgerechnet dort festgehalten, wo noch wenige Wochen zuvor die letzten Gaddafi-Getreuen besonders gewütet hatten. Die Vertreter der lokalen Milizen sahen in den Delegationsangehörigen in erster Linie Mithelfer einer internationalen Verschleierung von Gräueltaten des vorangegangenen Regimes und vor allem die Gefahr, dass Verantwortliche ihrer gerechten Strafe entgehen könnten. Sie nahmen daraufhin das Recht selbst in die Hand und setzten die Gerichtshofdelegierten kurzfristig fest. Hätte die Übergangsregierung in dieser Situation, der internationalen Empörung folgend, so schnell so gezielt und vor allem so massiv eingegriffen, wie vielfach gefordert, hätte dies ihrem innerlibyschen Ansehen und ihrer Rechtfertigung als im Sinne der Revolutionäre handelnde Übergangsregierung sehr geschadet. Der libysche Demokratisierungsprozess wäre dadurch ernsthaft in Gefahr geraten. Auch wenn Mitglieder der Delegation des Internationalen Gerichtshofs dadurch vorübergehendes Ungemach erlitten, so kann aus nachträglicher Sicht die vermittelnde, weil insbesondere die innerlibyschen Sichtweisen berücksichtigende Haltung der Übergangsregierung nur als ausgesprochen weise und vorausschauend eingestuft werden. Eine Vorverurteilung der Übergangsregierung als eine Clique, die sich allzu rasch von demokratischen Grundsätzen verabschiedet habe, entbehrt also jeder Grundlage.

Etwa zum gleichen Zeitpunkt erschütterten Ereignisse im Süden Libyens das Gesamtgeschehen. Sie waren zwar nur von lokaler Bedeutung, ihnen wurde aber im Zuge der Gleichzeitigkeit mit anderen Unruheereignissen ein überhöhter Stellenwert zugewiesen. Einige sogenannte Experten sahen darin sogar die ersten Anzeichen eines Auseinanderbrechens des libyschen Staates. Im Kern ging es dabei um Auseinandersetzungen zwischen libyschen Sicherheitskräften (in erster Linie Polizei und Zoll) und Angehörigen des Tubu-Volkes, das die Gebirgsregionen des Tibesti im Süden von Libyen und im Nord-Tschad bewohnt. Die Angehörigen einiger grenzüberschreitend agierenden Tubu-Klans, welche seit Jahren die schwer zu kontrollierende Lage ihres Siedlungsgebietes für semilegale und kriminelle Geschäfte in grenzüberschreitendem Güter- und Menschenverkehr nutzten, sahen sich durch Sicherheitsorgane der Übergangsregierung zunehmend in ihren Aktivitäten behindert. Die Situation eskalierte, als einige Fahrzeuge von Tubu-Geschäftsleuten konfisziert und bei Polizeiwachen in der Nähe von Sebah eingestellt wurden. Daraufhin versuchten gewaltbereite Tubu-Aktivistinnen, wieder an ihre Fahrzeuge zu gelangen. Bei den sich in diesem Rahmen entwickelnden Schießereien kamen sowohl Polizisten als auch Tubu und auf Seiten der letzteren auch Frauen und Kinder ums Leben. Sehr geschickt verstanden es einige im Sinne der Tubu agierende Meinungsmacher, die Maßnahmen der libyschen Sicherheitsor-

gane als Aktionen eines „Genozids“ an den Tubu von Seiten der libyschen Übergangsregierung darzustellen. Tatsächlich handelte es sich jedoch in erster Linie um Auseinandersetzungen im Rahmen der Versuche, semilegale und illegale Aktionen in den südlichen Grenzgebieten Libyens einzudämmen.

Als dritter Unruheaspekt kam unmittelbar in den Wochen vor den Wahlen hinzu, dass das Büro der libyschen Übergangsregierung in Benghazi von aufgebracht demonstrierenden Demonstranten angegriffen worden war, die Flaschen und Steine durch Fenster des Gebäudes des vorübergehenden Hauptquartiers geworfen und damit verschiedene Mitglieder der Übergangsregierung nicht nur zum fluchtartigen Verlassen, sondern auch zu übereilten Stellungnahmen und Bewertungen dieser Ereignisse veranlasst hatten. So sprach der damalige Leiter der libyschen Übergangsregierung unter anderem davon, dass die libysche Revolution „nun keine Chance mehr habe“ und prognostizierte allgemein düstere Entwicklungen. Da die geschilderten Ereignisse in Benghazi stattfanden, lag es auf der Hand, sie mit Aktionen der islamistischen libyschen Revolutionsgruppen in Verbindung zu bringen und daraus die Gefahr einer islamistischen Machtübernahme in Gesamtlibyen zu konstruieren. Es zeichnete sich zum damaligen Zeitpunkt bereits ein über alle Erwartungen hinausgehender hoher Anteil von islamischen und islamistischen Gruppen bei den Wahlen im Nachbarland Ägypten ab, und viele Analytiker erwarteten vergleichbare Ergebnisse für Libyen.

11 Entwicklungsprognosen für das post-revolutionäre Libyen

Nachdem die ersten demokratischen Wahlen in Libyen ohne größere Zwischenfälle und Ungereimtheiten verliefen und noch dazu zu einem Ergebnis führten, in dem islamistisch ausgerichteten Gruppen zwar eine deutliche, keineswegs aber eine mehrheitliche Rolle zugewiesen wird, stellen sich die Entwicklungsaussichten für das Land ausgesprochen positiv dar. Diese werden im Wesentlichen von drei Faktoren bestimmt:

- eine relativ geringe Gesamtbevölkerung von schätzungsweise 6,42 Millionen Anfang 2013,
- Erdölressourcen, die noch mindestens für 60 bis 65 Jahre Deviseneinnahmen in beträchtlicher Höhe versprechen, und
- ein großer Anteil an jungen, tatkräftigen Mitgliedern der Bevölkerung mit einer beispiellosen Aufbruchsstimmung und dem Willen, das Land und die eigene Zukunft aufzubauen.

Die Gründe für ein Ausbleiben des Erfolges islamischer und islamistischer Parteien, so wie in den Nachbarländern Tunesien und Ägypten, sind vielfach differenziert, es lassen sich jedoch einige Hauptmotive herauskristallisieren: An erster Stelle muss erwähnt werden, dass der Erfolg der Muslimbrüder und der Salafisten bei den Wahlen in Ägypten nicht nur viele Ägypter selbst überrascht und den Westen erschreckt, sondern auch das libysche Wahlverhalten beeinflusst hat. Eine starke Betonung islamischer Komponenten, unter anderem kodifiziert in der Dritten Universal-Theorie (DUT) von Gaddafi war die libysche Bevölkerung seit Jahrzehnten gewohnt. Defizite in diesem Bereich oder gar die Unterdrückung bestimmter Komponenten islamischen Lebens waren den meisten Gruppen fremd. Es bestand also keine allgemein verbreitete „Sehnsucht nach Islamismus“ (Dittmann 2012). Nachdem man in Libyen sehr genau die Wahlergebnisse in Tunesien und Ägypten verfolgt hatte, waren zudem viele Wähler davon überzeugt, dass die frühere Diktatur nicht durch Bevormundung religiöser Gruppen ersetzt werden dürfe. Die Wahlergebnisse zugunsten liberaler Kräfte beeinflussten aber auch die noch überdeutliche Erinnerung daran, wer die libysche Revolution von außen nicht nur finanziell und ideologisch, sondern auch militärisch unterstützt hatte. An diese Akteure wollte man sich politisch möglichst annähern, da sie bzw. ihre Systeme am ehesten mit einer Befreiung von den früheren Fesseln und den vergangenen Drangsalierungen in Verbindung gebracht wurden. Der deutliche Wahlsieg sogenannter Liberaler, d. h. vordergründig pro-westlicher, vor allem aber nicht-islamistischer Kräfte in Libyen, muss also als eine Kombination aus der Erinnerung an die ausländische Revolutionshilfe und der Abschreckung durch die Wahlergebnisse in den unmittelbaren Nachbarländern gewertet werden. Zusammen mit den oben skizzierten günstigen demographischen und ressourcenbedingten Gegebenheiten können diese politischen Umstände nicht anders als ausgesprochen positive Voraussetzungen für die Entwicklung des Landes gewertet werden.

Literatur

- Ahmad, N. A. (1969): Die ländlichen Lebensformen und Agrarentwicklung in Tripolitanien. Heidelberg. [Heidelberger Geographische Arbeiten 25]
- AL-Qaddafi (1990): Das Grüne Buch. Kairo u. a.
- Bantle, S. (1994): Schattenhandel als sozialpolitischer Kompromiß: Die „Libyschen Märkte“ in Tunesien. Münster u. a.
- Bergs, R. (1987): „Das Libysche Entwicklungsmodell und die wirtschaftliche Krise seit 1981“, in: C. Operschall und C. Teuber (Hrsg.): Libyen. Wien, S. 87–113.

- Bianco, M. (1974): Kadhafi. Der Sohn der Wüste und seine Botschaft. Hamburg.
- Bremer, A. (2009): Zu Besuch beim Schurken. Strukturanalyse des Tourismus in Libyen unter besonderer Berücksichtigung des Wüstentourismus. Bonn. [Bonn, Univ., Dipl.-Arb., 2009]
- Busse, J. und H. Franzmeier (2011): „Die unvollendete Revolution“, in: Amnesty Journal 4/5(2011), S. 44–45.
- Clam, J.-J. u. H. Hebel (1987): „Die Krise um Libyen“. Bonn [Arbeitspapiere zur Internationalen Politik 44]
- Cochburg, A. (2000): „Libyen – Ende der Isolation“, in: National Geographic Deutschland 11(2000), S. 112–141.
- Demny, O. (2012): „Geschichte Libyens von der Revolution bis heute“, in: J. M. Becker und G. Sommer (Hrsg.): Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen“. Münster u. a., S. 33–47. [Schriftenreihe zur Konfliktforschung 26]
- Dittmann, A. (2001): „Libyen – Land im Abseits?“, in: Geographische Rundschau 53/6(2001), S. 12–17.
- Dittmann, A. (2010): „Libyen“, in: Afrika-Lexikon. Geographie, Geschichte, Kultur, Politik und Wirtschaft. Frankfurt a. M. u. a., S. 254–256.
- Dittmann, A. (2012): „Keine Sehnsucht nach Islamismus“, in: Arte-Journal – Die Arabische Welt in Aufruhr 6(2012).
- Di Vita, A. (1996): „Leptis Magna“, in: Antike Welt 3(1996), S. 173–190.
- Mattes, H. (1995): „Außen-, innenpolitisches und soziales Konfliktpotential eines nordafrikanischen Staates: das Beispiel Libyen“, in: Deutsches Orientinstitut (Hrsg.): Libyen im 20. Jahrhundert: zwischen Fremdherrschaft und Selbstbestimmung. Hamburg, S. 181–212.
- Schliephake, K. (1993): „Libyens Bewässerung und der ‚Große künstliche Fluß‘“, in: H. Popp u. K. Rother (Hrsg.): Die Bewässerungsgebiete im Mittelmeerraum. Passau, S. 185–192. [Passauer Schriften zur Geographie]
- Scholvin, S. (2012): „In eine ungewisse Zukunft. Libyen steht ein Jahr nach der Revolution vor großen Problemen“, in: IZ3W – Informationszentrum 3. Welt, 332(2012), S. 11–13.
- Sommer, G. (2012): „Der Libyen-Krieg. Reflexionen zu Gaddafi und anderen Beteiligten“, in: J. M. Becker und ders. (Hrsg.): Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen“. Münster u. a., S. 189–219. [Schriftenreihe zur Konfliktforschung 26]
- Wagner, J. (2012): „Der Libyen-Krieg und die Interessen der NATO“, in: J. M. Becker und G. Sommer (Hrsg.): Der Libyen-Krieg. Das Öl und die „Verantwortung zu schützen“. Münster u. a., S. 109–130. [Schriftenreihe zur Konfliktforschung 26]